

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Ankunft der Afrikanischen Schweinepest in Westeuropa – Erkenntnisse und Maßnahmen der Landesregierung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. welche Erkenntnisse sie über den Fund zweier mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) infizierter Wildschweine in der wallonischen Provinz Luxembourg hat;
2. welche Anhaltspunkte es ihrer Kenntnis nach über den wahrscheinlichen Transit des ASP-Virus durch Deutschland gibt;
3. welche unmittelbaren Schlussfolgerungen und Konsequenzen sie hinsichtlich der Biosicherheitsmaßnahmen in gefährdeten baden-württembergischen Tierhaltungssystemen zu ziehen gedenkt;
4. wie sich die Beprobung bzw. Ablieferung von verendet aufgefundenen Wildschweinen sowie von krank erlegten Tieren seit September 2017 quantitativ und qualitativ entwickelt hat (siehe dazu: Drucksache 16/3324; tabellarische Antwort unter Angabe der eingereichten Proben nach Monaten und Kreisen erbeten);
5. welche praktischen Folgen die einhellige Bitte des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an die höheren Naturschutzbehörden bisher hatte, bei Schutzgebietsverordnungen mit Jagdbeschränkungen oder Jagdverboten Anträge auf Durchführung von Bewegungsjagden im Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Januar wohlwollend zu prüfen (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffer 11);

6. inwiefern sie mit Blick auf die in diesem Herbst bevorstehenden Beratungen über einen Nachtrag zum Staatshaushalt plant, eigene Haushaltsansätze für jagdliche Investitionshilfen im Zusammenhang mit der ASP-Abwehr sowie für womöglich in absehbarer Zeit erforderliche Erlegungsprämien in tierseuchenrechtlichen Restriktionsgebieten und deren unmittelbarem Umfeld zu schaffen (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffer 12);
 7. wie sich ihrer Kenntnis nach seit 2017 das landesweite Netz von Verwahrstellen für die Aufnahme von Wildschweinkadavern entwickelt hat;
 8. wie viele Beauftragungen im Sinne des § 40 Absatz 2 des Waffengesetzes bisher durch die unteren Jagdbehörden in Baden-Württemberg erteilt wurden, Nachtzieltechnik für die Schwarzwildbejagung zu verwenden (tabellarische Angabe nach Monaten und Kreisen erbeten);
 9. welche praktischen Konsequenzen bisher der Beschluss des Ministerrats vom 6. Februar 2018 hatte, wonach im Zusammenhang mit der Tierseuchenprävention finanzielle Erleichterungen, wie die Abschaffung bzw. die Reduzierung der Gebühren für Trichinenbeschau „angestrebt werden sollen“ (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffern 14 und 15);
 10. welche Kreise ihrer Kenntnis nach seit der Beantwortung der Drucksache 16/3324 in welchem konkreten Umfang Gebührenermäßigungen oder Gebührenbefreiungen für die Trichinenuntersuchungen angekündigt oder umgesetzt haben;
 11. inwiefern sie vor dem Hintergrund der akuten Tierseuchengefahr und mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit Ausnahmegenehmigungen Möglichkeiten sieht, die Beschränkungen der Kirtung in § 33 Absatz 5 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes dauerhaft zu entbürokratisieren;
 12. welche Bilanz sie mit Blick auf das von ihr umgesetzte einmalige Aussetzen der allgemeinen Jagdruhe in den Monaten März und April 2018 zieht;
- II. hinsichtlich des von ihr zuletzt in der Drucksache 16/4548 abermals dargestellten Zusammenhangs zwischen der Dichte des Schwarzwildbestands und der Ausbreitungsgefahr der Afrikanischen Schweinepest die allgemeine Jagdruhe nach § 41 Absatz 2 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes für die Schwarzwildbejagung über das Jahr 2018 hinaus auf unbestimmte Zeit auszusetzen, um den Jägerinnen und Jägern in Baden-Württemberg eine effektive Tierseuchenbekämpfung zu ermöglichen.

14.09.2018

Dr. Rülke, Hoher
und Fraktion

Begründung

Nachdem die Afrikanische Schweinepest über Jahre hinweg aus Russland bis nach Polen, Tschechien und zuletzt Rumänien gewandert war, hat sie nun die wallonische Provinz Luxembourg und somit Westeuropa erreicht. Der Fundort der zwei infizierten Wildschweine, über die am 13. September 2018 berichtet wurde, liegt nur etwa 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Es ist daher höchst wahrscheinlich, dass die Tierseuche in absehbarer Zeit in Südwestdeutschland auftreten und dortige Schweinemastbetriebe existenziell bedrohen wird.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2018 Nr. Z(33)-0141.5/354F nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. welche Erkenntnisse sie über den Fund zweier mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) infizierter Wildschweine in der wallonischen Provinz Luxemburg hat;

Zu 1.:

Bis zum 4. Oktober 2018 wurde in der belgischen Provinz Luxemburg im Südosten von Belgien, ca. 60 km von der deutschen Grenze entfernt, bei 32 toten Wildschweinen die Afrikanische Schweinepest (ASP) festgestellt. Nach dem ersten Fund von drei ausgewachsenen, tot aufgefundenen Wildschweinen wurde am 13. September 2018 die ASP erstmals bestätigt. Die Tierkörper waren beim Auffinden zum Teil bereits stark verwest. Zudem wurde bei einem am 10. September 2018 krankt erlegten, jungen Wildschwein ebenfalls ASP am 13. September 2018 bestätigt. Bei drei weiteren tot aufgefundenen Wildschweinen wurde am 15. September 2018 die ASP ebenfalls nachgewiesen. Ein Tierkörper soll bereits stark skelettiert gewesen sein. Alle verendeten Tiere sind nach belgischen Angaben in dem 2.500 Hektar großen Sperrgebiet entdeckt worden. Das schwer zugängliche Waldgebiet wird im Norden u. a. von einer Autobahn und im Süden von der Grenze zu Frankreich begrenzt.

In Belgien wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

A. Um die Fundorte wurde ein 2.500 Hektar großes Sperrgebiet ausgewiesen:

1. Maßnahmen bei Wildschweinen in diesem Gebiet:

In dieser Zone gilt ein Wildschweinjadgverbot, ein Fütterungsverbot für Wildschweine, Zugangsbeschränkungen für Waldgebiete, Hygienemaßnahmen (für Fahrzeuge und Schuhwerk). Alle tot aufgefundenen Wildschweine werden auf ASP untersucht, der Fundort wird georeferenziert und Spezialteams bergen die Kadaver. Zudem wurde ein Callcenter für Wildschweinkadaver eingerichtet.

2. Hausschweinebestände in diesem Gebiet:

Aktualisierung der Bestandsdaten, Doppelzäune bei Auslaufhaltungen, sichere Aufbewahrung für Futter und Einstreu, Verbot des Verbringens von Hausschweinen aus der infizierten Zone, es sei denn, eine Ausnahmegenehmigung liegt vor. Im Kerngebiet sollen bis zum 2. Oktober 2018 alle Hausschweine (ca. 5.000 Tiere) getötet und unschädlich beseitigt werden.

B. Landesweite Maßnahmen in Belgien:

Nach Kontakt mit Wildschweinen kein Zugang zu Betrieben mit Hausschweinen für wenigsten 72 Stunden, keine unbefugten Besuche in schweinehaltenden Betrieben, keine gemischten Transporte von Schweinen mit Rindern. Sammeltransporte von Schweinen sind untersagt; alle neu eingestellten Schweinen sind in Quarantäne zu halten; Behandlungsverbot für kranke Schweine, es sei denn, eine Untersuchung auf ASP wurde durchgeführt.

Frankreich:

Frankreich hat in den an Belgien anschließenden Departements Beobachtungszonen eingerichtet; dort soll ein Jagdverbot für vier Wochen gelten. Es wird aktiv nach Fallwild gesucht. Schweinehaltungsbetriebe werden auf Umsetzung von Biosicherheit und Hygienemaßnahmen und auf Erkrankungen überprüft.

Luxemburg:

Luxemburg hat eine Überwachungszone mit einem Jagdverbot mindestens bis zum 15. Oktober 2018 eingerichtet; Verbot der Freilandhaltung von Hausschweinen; Schulung von Personen zum Auffinden und zur Beprobung von Kadavern und Erhöhung der Biosicherheit.

2. welche Anhaltspunkte es ihrer Kenntnis nach über den wahrscheinlichen Transit des ASP-Virus durch Deutschland gibt;

Zu 2.:

Durch die belgischen Behörden wird die illegale Entsorgung von Schweinefleischerzeugnissen aus von ASP-befallenen Ländern angenommen. Das Vorhandensein von mehreren Parkplätzen entlang der Autobahn in der Nähe der Ausbruchregion nährt diese Hypothese.

Zu welchem Zeitpunkt und über welchen Weg das ASP-Virus in die betroffene belgische Region gelangt ist, ist derzeit nicht bekannt. Daher gibt es auch keine Anhaltspunkte, auf welchem Weg das Virus nach Belgien gelangt sein kann.

3. welche unmittelbaren Schlussfolgerungen und Konsequenzen sie hinsichtlich der Biosicherheitsmaßnahmen in gefährdeten baden-württembergischen Tierhaltungssystemen zu ziehen gedenkt;

Zu 3.:

Die Vorbereitungen der Landesregierung bezüglich der Afrikanischen Schweinepest stützen sich auf drei Säulen:

1. Verhinderung der Einschleppung der Tierseuche ins Land durch Biosicherheitsmaßnahmen und Aufklärungskampagnen,
2. frühzeitige Erkennung eines ASP-Eintrags ins Land durch verstärktes Monitoring und
3. gezielte Vorbereitungen der Verwaltung auf einen ASP-Ausbruch im Land. Dabei findet eine enge Abstimmung mit den berührten Verbänden, Jagdausübungsberechtigten, der Wirtschaft und Landwirtschaft statt.

Ein Ausbruch der ASP in Deutschland oder in Baden-Württemberg hätte erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette der Schweinefleischerzeugung. Um eine Einschleppung der ASP nach Deutschland zu verhindern, sind viele gefordert. Landwirte können über Biosicherheit einen wichtigen Beitrag leisten, um ihre Bestände zu schützen. Die strikte Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen spielt zur Vermeidung des Erregereintrages in schweinehaltende Betriebe sowie einer Erregerverschleppung eine entscheidende Rolle. Die Schweinehalter/-innen wurden zum Thema Biosicherheit bereits gezielt informiert. Aufgrund des aktuellen Ausbruchs in Belgien sind die Aktivitäten zur gezielten Information sowohl über Fachblätter als auch im Rahmen von Informationsveranstaltungen weiter zu verstärken.

4. wie sich die Beprobung bzw. Ablieferung von verendet aufgefundenen Wildschweinen sowie von krank erlegten Tieren seit September 2017 quantitativ und qualitativ entwickelt hat (siehe dazu: Drucksache 16/3324; tabellarische Antwort unter Angabe der eingereichten Proben nach Monaten und Kreisen erbeten);

Zu 4.:

Das sogenannte passive Monitoring wurde gegenüber dem vergangenen Jahr quantitativ gesteigert: beim passiven Monitoring werden Proben von Fallwild, Unfallwild sowie von krank oder verhaltensauffällig erlegtem Schwarzwild untersucht. In den *anliegenden Tabellen* finden sich die Untersuchungszahlen aus dem Gesamtjahr 2017 und dem ersten Halbjahr 2018, geordnet nach Kreisen. So wurden im gesamten letzten Jahr 56 Proben, davon im ersten Halbjahr 2017 18 Proben untersucht. Im ersten Halbjahr 2018 stehen dem 82 Proben gegenüber.

5. welche praktischen Folgen die einhellige Bitte des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz an die höheren Naturschutzbehörden bisher hatte, bei Schutzgebietsverordnungen mit Jagdbeschränkungen oder Jagdverboten Anträge auf Durchführung von Bewegungsjagden im Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Januar wohlwollend zu prüfen (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffer 11);

Zu 5.:

Bei den höheren Naturschutzbehörden wurden bis zum aktuellen Zeitpunkt keine Anträge gestellt. Die Zeit zur Durchführung von Bewegungsjagden im Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Januar hat gerade erst begonnen. Eingehende Anträge werden unter Berücksichtigung der Dienstanweisung der Ministerien geprüft und entschieden.

6. inwiefern sie mit Blick auf die in diesem Herbst bevorstehenden Beratungen über einen Nachtrag zum Staatshaushalt plant, eigene Haushaltsansätze für jagdliche Investitionshilfen im Zusammenhang mit der ASP-Abwehr sowie für womöglich in absehbarer Zeit erforderliche Erlegungsprämien in tierseuchenrechtlichen Restriktionsgebieten und deren unmittelbarem Umfeld zu schaffen (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffer 12);

Zu 6.:

Die Gewährung von Erlegungsprämien auf Schwarzwild wurde geprüft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Absenkung der Schwarzwildbestände durch eine landesweit gewährte Prämie nicht zu erwarten.

Anders stellt sich die Situation nach Feststellung der Afrikanischen Schweinepest im Bereich der tierseuchenrechtlichen Restriktionsgebiete und deren unmittelbarem Umfeld dar. Für die Gewährung von Erlegungsprämien in solchen Fällen sollen Haushaltsmittel vorgesehen werden (siehe auch Drs. 16/3324, Ziffer 12).

Das Ministerium erarbeitet derzeit Investitionshilfen, die Revierinhaberinnen und Revierinhaber für die Beschaffung geeigneter Revierausstattung für die Durchführung revierübergreifender Drückjagden und mit einem Beratungsangebot für die Planung und Durchführung solcher Jagden unterstützt.

7. wie sich ihrer Kenntnis nach seit 2017 das landesweite Netz von Verwahrstellen für die Aufnahme von Wildschweinkadavern entwickelt hat;

Zu 7.:

Die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Verwahrstellen im Land ist zentraler Bestandteil des baden-württembergischen Tilgungsplans „Afrikanische Schweinepest“ und zudem Bestandteil des Maßnahmenplans des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zur Vorbeugung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest. In Vorbereitung eines mög-

lichen ASP-Ausbruches ist es erforderlich, bereits in seuchenfreien Zeiten ein flächendeckendes Netz von Verwahrstellen zur Sammlung von verendeten oder erlegten Wildschweinen und Tierkörperteilen einzurichten, da sich durch diese im Seuchenfall die Afrikanische Schweinepest verbreiten kann.

Seit September 2017 wurden im Land 49 neue Verwahrstellen eingerichtet. Im Jahr 2019 wird der Gesamtbestand voraussichtlich 221 Verwahrstellen betragen.

8. wie viele Beauftragungen im Sinne des § 40 Absatz 2 des Waffengesetzes bisher durch die unteren Jagdbehörden in Baden-Württemberg erteilt wurden, Nachtzieltechnik für die Schwarzwildbejagung zu verwenden (tabellarische Angabe nach Monaten und Kreisen erbeten);

Zu 8.:

Im Juli 2018 waren ca. 100 Beauftragungen im Sinne des § 40 Absatz 2 des Waffengesetzes Nachtzieltechnik für die Schwarzwildbejagung durch die unteren Jagdbehörden in Baden-Württemberg erteilt. Aktuell wird von ca. 150 Beauftragungen ausgegangen.

9. welche praktischen Konsequenzen bisher der Beschluss des Ministerrats vom 6. Februar 2018 hatte, wonach im Zusammenhang mit der Tierseuchenprävention finanzielle Erleichterungen, wie die Abschaffung bzw. die Reduzierung der Gebühren für Trichinenbeschau „angestrebt werden sollen“ (siehe dazu: Drucksache 16/3324, Ziffern 14 und 15);

10. welche Kreise ihrer Kenntnis nach seit der Beantwortung der Drucksache 16/3324 in welchem konkreten Umfang Gebührenermäßigungen oder Gebührenbefreiungen für die Trichinenuntersuchungen angekündigt oder umgesetzt haben;

Zu 9. und 10.:

In Umsetzung des Maßnahmenplans ASP werden den Stadt- und Landkreisen Kosten für die Durchführung der Trichinenuntersuchung aus Landesmitteln unter der Voraussetzung erstattet, dass sie die Jagdausübungsberechtigten (JAB) von der Untersuchungsgebühr freistellen. Die Stadt- und Landkreise können hierbei zwischen zwei Optionen wählen. Bei der sog. 4-Euro-Regelung erfolgt die Freistellung für Untersuchungen, für die beauftragte JAB die Proben selbst nehmen und der Untersuchung zuführen. In diesem Fall werden die anfallenden Proben mit pauschal 4 Euro durch das Land erstattet. Beim Beitritt zur sog. 6-Euro-Regelung bietet der teilnehmende Kreis zusätzlich die amtliche Probenahme im Rahmen von Bewegungsjagden an. In diesem Fall werden für *alle* anfallenden Proben pauschal 6 Euro aus Landesmitteln erstattet.

38 Stadt- und Landkreise sind der Regelung bereits beigetreten, in 33 Stadt- und Landkreisen sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt die JAB von der Untersuchungsgebühr befreit. Vier Stadtkreise verfügen nicht über Trichinenuntersuchungsstellen und können die Gebührenbefreiung daher nicht anbieten. Eine tabellarische Aufstellung zur Teilnahme der Stadt- und Landkreise an der Regelung ist als *Anlage* beigelegt.

11. inwiefern sie vor dem Hintergrund der akuten Tierseuchengefahr und mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit Ausnahmegenehmigungen Möglichkeiten sieht, die Beschränkungen der Kirrung in § 33 Absatz 5 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes dauerhaft zu entbürokratisieren;

Zu 11.:

Mit Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes vom 25. Februar 2018 wurden Erleichterungen bei der Kirrung befristet eingeführt. So wurde z. B. die Anzahl der zulässigen Kirrungen nach § 5 Absatz 2 Nummer 3 von zwei auf fünf erhöht. Damit sind je Jagdbezirk zumindest fünf Kirrungen zulässig.

Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen jedoch deutlich, dass insbesondere in baummastarmen Jahren durch übermäßiges Kirren oder andere Futterangebote die Reproduktionsrate bei Schwarzwild gesteigert wird. Dies ist wegen der Afrikanischen Schweinepest und der Wildschadensproblematik wildbiologisch nicht sinnvoll.

12. welche Bilanz sie mit Blick auf das von ihr umgesetzte einmalige Aussetzen der allgemeinen Jagdruhe in den Monaten März und April 2018 zieht;

Zu 12.:

Mit Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes vom 25. Februar 2018 wurde für Schwarzwild die ganzjährige Jagdzeit unbefristet festgesetzt. Der Anteil der Monatsstecke des März 2018 an der Jahresstecke betrug 8 % des Jagdjahres 2017/2018 gegenüber 4 % der Vergleichswerte des Vorjahres.

Die Streckenergebnisse für den April 2018 liegen weniger deutlich über den Vorjahreswerten. Das hängt vermutlich mit der ungewöhnlich milden Witterung im April zusammen, wodurch die Attraktivität der Kirrungen deutlich absinkt.

II. hinsichtlich des von ihr zuletzt in der Drucksache 16/4548 abermals dargestellten Zusammenhangs zwischen der Dichte des Schwarzwildbestands und der Ausbreitungsgefahr der Afrikanischen Schweinepest die allgemeine Jagdruhe nach § 41 Absatz 2 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes für die Schwarzwildbejagung über das Jahr 2018 hinaus auf unbestimmte Zeit aussetzen, um den Jägerinnen und Jägern in Baden-Württemberg eine effektive Tierseuchenbekämpfung zu ermöglichen.

Zu II.:

Die Entscheidung über die weitergehende Aussetzung hängt wesentlich von dem Jagderfolg in den Hauptjagdzeiten November bis Januar ab. Im Licht der Gesamtsituation wird die weitere Aussetzung zu prüfen sein.

Hauk

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz

Regierungsbezirk STUTTGART	Probeneingang I.-IV. Quartal 2017													KSP/ASP-Befunde											
	Summe KSP	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	serologisch			virologisch								
		KSP ELISA			KSP PCR			ASP PCR			Summe			ASP											
		pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.						
Kreis	8	1	0	0	0	0	0	0	0	2	0	4	1	0	6	0	0	0	0	0	8	0	8	0	0
Main-Tauber-Kreis (TBB)	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	2	0	2	0	0
Hohenlohekreis (KÜN)	13	0	0	0	0	1	0	0	0	1	2	3	6	0	7	0	0	0	0	12	0	0	11	0	0
Schwäbisch Hall (SHA)	6	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	2	0	6	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Heilbronn (HN)	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0
Stadtkreis Heilbronn (HN*)	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0
Ludwigsburg (LB)	6	0	0	0	0	0	1	3	0	0	1	1	1	0	4	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Rems-Murr-Kreis (WN)	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0
Ostalbkreis (AA)	6	0	0	2	0	0	0	2	0	0	0	0	2	0	3	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Böblingen (BB)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stadtkreis Stuttgart (S)	9	0	0	0	1	0	0	0	0	2	1	4	1	0	8	0	0	0	0	9	0	0	9	0	0
Esslingen (ES)	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	2	0	0	0
Göppingen (GP)	6	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	6	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Heidenheim (HDH)	64	2	0	2	1	1	0	4	6	6	14	14	14	0	44	0	0	0	0	63	0	0	62	0	0
Gesamt																									

Regierungsbezirk KARLSRUHE	Probeneingang I.-IV. Quartal 2017													KSP/ASP-Befunde											
	Summe KSP	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	serologisch			virologisch								
		KSP ELISA			KSP PCR			ASP PCR			Summe			ASP											
		pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.	pos	neg	frag.						
Kreis	15	1	0	3	1	1	0	0	1	0	5	1	2	0	7	0	0	0	0	12	0	0	13	0	0
Neckar-Odenwald-Kreis (MOS)	3	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	2	0	0	0	0	3	0	0	2	0	0
Rhein-Neckar-Kreis (RD)	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0	
Stadtkreis Mannheim (MA)	5	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	2	1	0	4	0	0	0	4	0	0	4	0	0	
Stadtkreis Heidelberg (HD)	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	
Karlsruhe (KA)	8	0	1	0	1	0	0	0	1	0	2	3	0	0	3	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Stadtkreis Karlsruhe (KA*)	6	0	0	0	0	2	0	0	3	0	0	0	1	0	3	0	0	0	0	6	0	0	6	0	0
Enzkreis (PF)	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2	0	0	0	2	0	0	2	0	0	
Stadtkreis Pforzheim (PF*)	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	2	0	0	
Rastatt (RA)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stadtkreis Baden-Baden (BAD)	9	0	0	0	1	0	0	2	1	2	0	1	2	0	4	0	0	0	8	0	0	9	0	0	
Calw (CW)	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	
Freudenstadt (FDS)	56	1	1	6	4	3	3	3	6	4	8	8	9	0	25	0	0	0	0	47	0	0	51	0	0
Gesamt																									

Regierungsbezirk FREIBURG	Probeneingang I.-IV. Quartal 2017												KSP/ASP-Befunde													
	serologisch												virologisch													
	KSP ELISA												KSP PCR						ASP PCR							
	Summe KSP	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	frag.	pos	neg	n.d.	frag.	pos	neg	frag.	n.d.	
Ortenaukreis (OG)	8	0	0	0	1	1	3	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Emmendingen (EM)	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Breisgau-Hochschw. (FR)	10	1	0	0	1	0	0	0	3	0	1	2	2	0	2	0	0	0	10	0	0	0	10	0	0	0
Stadtkreis Freiburg (FR*)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Lörrach (LÖ)	11	1	1	0	0	1	0	0	0	1	2	3	2	0	3	0	0	0	11	0	0	11	0	11	0	0
Waldshut (WT)	18	0	2	0	0	0	0	1	4	2	2	7	0	9	0	0	0	18	0	0	18	0	18	0	0	0
Rotweil (RW)	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0
Schwarzw.-Baar-K. (VS)	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	0
Tuttlingen (TUT)	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	2	0	0
Konstanz (KN)	7	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	4	0	0	5	0	0	0	7	0	0	7	0	7	0	0
Gesamt	59	3	3	0	2	4	3	1	6	5	7	13	12	0	21	0	0	0	58	0	0	58	0	58	0	0

Regierungsbezirk TÜBINGEN	Probeneingang I.-IV. Quartal 2017												KSP/ASP-Befunde													
	serologisch												virologisch													
	KSP ELISA												KSP PCR						ASP PCR							
	Summe KSP	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	frag.	pos	neg	n.d.	frag.	pos	neg	frag.	n.d.	
Tübingen (TÜ)	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0	0	0	3	0	0	3	0	3	0	0
Reutlingen (RT)	9	0	0	0	4	0	0	1	3	1	0	0	0	0	3	0	0	0	9	0	0	9	0	9	0	0
Zollernalbkreis (BL)	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0	3	0	3	0	0
Alb-Donau-Kreis (UL)	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	2	0	0	2	0	2	0	0
Stadtkreis Ulm (UL*)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sigmaringen (SIG)	5	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	1	0	4	0	0	0	4	0	0	4	0	5	0	0
Biberach (BC)	6	0	0	0	1	1	0	2	1	0	1	0	0	0	2	0	0	0	6	0	0	6	0	6	0	0
Ravensburg (RV)	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0
Bodenseekreis (FN)	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	3	0	0	3	0	3	0	0
Gesamt	32	1	0	0	7	2	0	4	4	1	1	6	6	0	11	0	0	0	31	0	0	32	0	32	0	0

Regierungsbezirk	Probeneingang i.- IV. Quartal 2017												KSP/ASP-Befunde															
													serologisch					virologisch										
													KSP ELISA					KSP PCR					ASP PCR					
	Summe	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	frag.	n.d.	Summe	pos	neg	n.d.	frag.	pos	neg	n.d.	frag.	n.d.
	KSP	64	2	0	2	1	1	0	4	6	6	14	14	0	55	0	0	0	33	0	0	0	0	62	0	62	0	0
Reg.bez. Stuttgart		56	1	1	6	4	3	3	6	4	8	8	9	0	25	0	0	0	47	0	0	0	51	0	51	0	0	
Reg.bez. Karlsruhe		59	3	3	0	2	4	3	1	6	5	7	13	12	0	21	0	0	0	58	0	0	58	0	58	0	0	
Reg.bez. Freiburg		32	1	0	0	7	2	0	4	4	1	1	6	6	0	11	0	0	31	0	0	0	32	0	32	0	0	
Reg.bez. Tübingen		211	7	4	8	14	10	6	12	22	16	30	41	41	112	0	0	0	169	0	0	0	203	0	203	0	0	
Baden-Württemberg																												

Regierungsbezirk FREIBURG	Probeneingang I.-II. Quartal 2018												KSP/ASP-Befunde														
													serologisch						virologisch								
													KSP ELISA						KSP PCR								
	Summe	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	pos	neg	frag.	n.d.	Summe	ASP	pos	neg	frag.	n.d.	
Kreis																											
Ortenaukreis (OG)	7	2	0	2	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	7	0	7	0	7	0	0	0	
Emmendingen (EM)	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	
Breisgau-Hochschw. (FR)	19	5	3	5	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	19	0	19	0	19	0	19	0	0	
Stadtkreis Freiburg (FR*)	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2	0	2	0	2	0	0	
Lörrach (LÖ)	5	1	1	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	4	0	4	0	4	0	4	0	0	
Waldshut (WT)	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	4	0	4	0	4	0	4	0	0	
Rotweil (RW)	7	1	0	4	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	6	0	6	0	6	0	6	0	0	
Schwarzw.-Baar-K. (VS)	3	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	3	0	3	0	3	0	3	0	0	
Tuttlingen (TUT)	16	1	1	13	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	16	0	16	0	16	0	16	0	0	
Konstanz (KN)	5	1	0	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	5	0	5	0	5	0	5	0	0	
Gesamt	69	14	6	32	10	4	3	0	0	0	0	0	0	0	15	0	0	67	0	67	0	67	0	67	0	0	

Regierungsbezirk TÜBINGEN	Probeneingang I.-II. Quartal 2018												KSP/ASP-Befunde														
													serologisch						virologisch								
													KSP ELISA						KSP PCR								
	Summe	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	pos	neg	frag.	n.d.	Summe	ASP	pos	neg	frag.	n.d.	
Kreis																											
Tübingen (TU)	4	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	4	0	4	0	4	0	4	0	0	
Reutlingen (RT)	9	3	2	3	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	9	0	9	0	9	0	9	0	0	
Zollernalbkreis (BL)	8	1	1	4	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	8	0	8	0	8	0	8	0	0	
Alb-Donau-Kreis (UL)	5	2	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	5	0	5	0	5	0	5	0	0	
Stadtkreis Ulm (UL*)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sigmaringen (SIG)	17	0	3	12	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	8	0	0	17	0	17	0	17	0	17	0	0	
Biberach (BC)	4	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	4	0	4	0	4	0	4	0	0	
Ravensburg (RV)	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	1	0	1	0	0	
Bodenseekreis (FN)	8	3	2	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	8	0	8	0	8	0	8	0	0	
Gesamt	56	10	9	28	3	2	4	0	0	0	0	0	0	0	24	0	0	56	0	56	0	56	0	56	0	0	

Regierungsbezirk	Probeneingang I.-II. Quartal 2018												KSP/ASP-Befunde												
													serologisch			virologisch									
													KSP ELISA			KSP PCR			ASP PCR						
	Summe	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	pos	neg	n.d.	Summe	pos	neg	n.d.	Summe	pos	neg	n.d.	
	KSP	101	23	17	18	12	16	15	0	0	0	0	0	0	55	0	0	33	0	0	98	0	98	0	0
Reg.bez. Stuttgart		82	10	16	20	23	3	10	0	0	0	0	0	0	29	0	0	65	0	0	62	0	62	0	0
Reg.bez. Karlsruhe		69	14	6	32	10	4	3	0	0	0	0	0	0	15	0	0	67	0	0	67	0	67	0	0
Reg.bez. Freiburg		56	10	9	28	3	2	4	0	0	0	0	0	0	24	0	0	56	0	0	56	0	56	0	0
Reg.bez. Tübingen		308	57	48	98	48	25	32	0	0	0	0	0	0	123	0	0	221	0	0	283	0	283	0	0
Baden-Württemberg																									

Teilnahme der Stadt- und Landkreise an der Regelung zur Trichinenuntersuchung

Reg.-Bezirk	Land-/Stadtkreis	4,- €	6,- €	Gültig ab
Stuttgart	Böblingen	X		ab 2019
	Esslingen	X		01.07.2018
	Göppingen		X	25.07.2018
	Heidenheim	X		01.05.2018
	Heilbronn (L)	X		22.06.2018
	Heilbronn (S)			keine Untersuchungsstelle
	Hohenlohekreis	X		01.08.2018
	Ludwigsburg	X		01.07.2018
	Main-Tauber-Kreis		X	01.11.2018
	Ostalbkreis	X		01.08.2018
	Rems-Murr-Kreis		X	01.07.2018
	Schwäbisch Hall	X		01.08.2018
Stuttgart (S)			keine Untersuchungsstelle	
Karlsruhe	Baden-Baden (S)	X		ab Juli 2018
	Calw		X	01.07.2018
	Enzkreis	X		01.08.2018
	Freudenstadt	X		ab 2019
	Heidelberg (S)			
	Karlsruhe (L)	X		01.07.2018
	Karlsruhe (S)	X		16.07.2018
	Mannheim (S)	X		22.06.2018, entfallen ab 20.09.18
	Neckar-Odenwaldkreis	X		18.04.2018
	Pforzheim (S)		X	01.08.2018
	Rastatt	X		01.07.2018
Rhein-Neckar-Kreis	X		01.06.2018	
Freiburg	Breisgau-Hochschwarzwald		X	01.09.2018
	Emmendingen		X	01.08.2018
	Freiburg (S)		X	01.09.2018, entfallen ab 20.09.18
	Konstanz		X	01.09.2018
	Lörrach		X	01.07.2018
	Ortenaukreis		X	01.08.2018
	Rottweil		X	14.05.2018
	Schwarzwald-Baar-Kreis		X	10.07.2018
	Tuttlingen		X	ab Juli 2018
Waldshut		X	02.07.2018	
Tübingen	Alb-Donau-Kreis			keine Freistellung
	Biberach		X	01.08.2018
	Bodenseekreis			keine Freistellung
	Ravensburg		X	01.08.2018
	Reutlingen			keine Freistellung
	Sigmaringen		X	01.09.2018
	Tübingen		X	01.10.2018
	Ulm (S)		X	01.08.2018
Zollernalbkreis	X		15.08.2018	